

Auch die selten einmütige Reaktion der österreichischen Bischöfe auf die Tatsache, daß sie seit dem Rücktritt von Kardinal König bereits drei Bischofsnennungen „aus der Zeitung“ erfahren hätten und die couragierte Offenheit des ebenso beliebten wie papsttreuen Wiener Weihbischofs *Florian Kuntner*, er bitte den Papst um ein persönliches Gespräch, denn es gehöre „nicht zum Wesen des Christentums, sich alles gefallen zu lassen“, wird daran wenig ändern.

Allerdings hat sich im Falle Österreichs nicht nur das herrschende primatale Ernennungsverfahren als äußerst fragwürdig erwiesen (weil es Intrigen, Denunzianten, politischen und kirchlichen Sektierern bereitwillig Gehör und Einfluß ermöglicht), sondern es wurden dabei wie bisher noch in keinem vergleichbaren Fall Schwächen päpstlicher „Pastoralpolitik“ bloßgelegt: Österreich ist nicht nur nicht Holland. Dort waren im abrupten Umbruch nach dem Konzil innerkirchliche Spannungen und zentrifugale Kräfte nicht zu leugnen. Und selbst in manchen Diözesen der USA mag es den einen oder anderen plausiblen Grund zum personalpolitischen Gegensteuern gegeben haben. Aber in Österreich ist nicht nur der Episkopat zweifelsfrei glaubens- und romtreu, auch das kirchliche Klima war dort bisher unaufgeregter römisch-katholisch ausgeglichen. (Womit nicht gesagt werden soll, Österreich habe einen blühenden und in großer Breite aktiven Katholizismus; aber dieses ist so profiliert und unprofiliert, wie es die Kirche in jedem vergleichbaren mitteleuropäischen Land gegenwärtig ist.)

Was in letzter Zeit auffiel, waren kleine, aber durch binnenkirchliche Flüsterpropaganda einflußreicher werdende Minderheiten streng traditionalistischer Prägung. Doch das einzige, was sie den Bischöfen vorwerfen konnten, ist, daß sich diese nie doktrinär verhalten, sondern auch in kirchenamtlich schwierigen Fragen um pastorale Klugheit bemüht haben: Das galt auch in Fragen der Sexual- und Familienmoral. Ganz offensichtlich sind bei den jetzigen Maßnahmen nach allem, was zunächst bei der Ernennung Erz-

bischofs Groer und jetzt bei der Bestellung von Weihbischof Krenn ruchbar geworden ist, in Rom schlicht die Proportionen verkannt worden. Oder sollte die Tabuisierung sexualethischer Fragen immer mehr zum Beinahe-Exklusivkriterium bei der Auswahl kirchenleitender Personen werden? Das „Profil“-Interview des neuernannten Weihbischofs Krenn von Anfang April, in dem von der Homosexualität bis zu den Ministrantinnen jedes einschlägige Thema einschlägig beantwortet wurde, ließe das beinahe vermuten. Das Stickler-Interview mit der Kronen-Zeitung ebenfalls. Dann allerdings könnte der Fall Österreich sehr bald zum Krisenfall des Pontifikats werden.

Asyl

CDU-Bundestagsabgeordnete fordern eine großzügigere Politik

Wenn fünf Bundestagsabgeordnete, die keineswegs einer der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag angehören, sondern der Partei, die in der zurückliegenden zehnten wie auch der im Frühjahr begonnenen elften Legislaturperiode den Bundeskanzler stellt(e), ein Diskussionspapier unter dem Titel „Christlich-soziale Positionen für eine rationale und ethisch verantwortbare Asylpolitik“ in die öffentliche Diskussion wirft, dann ist allein dies schon ein Politikum: Immerhin ist das geltende Asylverfahrenrecht alles andere als ein nach jahrzehntelanger Geltung weithin überholtes Gesetz, das schon von daher dringend einer Novellierung bedürfte, sondern erst wenige Monate alt. Wenn aber eben erst novelliert wurde, dann macht ein solcher Vorstoß eigentlich nur Sinn, wenn es dem Asylrecht eben an Rationalität wie auch ethischer Verantwortbarkeit mangelt. Damit ist die Frage unausweichlich, warum diese Position nicht schon ein halbes Jahr früher zu hören war, zu der Zeit also, als das jetzt gültige Asylverfahrenrecht seiner Verabschiedung durch die konservativ-libe-

rale Parlamentsmehrheit entgegen-

ging. Gewiß ist jedenfalls, daß dieses Papier sowohl dem geltenden Recht wie auch der Stimmungslage in den Unionsparteien in Sachen Asylpolitik einigermaßen diametral zuwiderläuft und dementsprechend diejenigen, die mit ihren Positionen im vergangenen Jahr nicht durchdrangen, wie z. B. die Kirchen und deren Wohlfahrtsverbände, nun nicht mit Zustimmung sparen: Für die Mehrzahl der Flüchtlinge, meinen die Abgeordneten *Böhr, Limbach, Müller (Wesseling), Schreiber* und *Graf Waldburg-Zeil*, seien nicht wirtschaftliche Gründe für das Verlassen ihrer Heimat ausschlaggebend. Die Zahl der in der Bundesrepublik aufgenommenen Flüchtlinge läge nicht *über*, sondern *unter* dem Durchschnitt der meisten vergleichbaren Länder. Die Höhe der Neuzugänge an Asylbewerbern könne keineswegs als bedrohlich angesehen werden.

Daß objektive Grenzen der Belastbarkeit durch Flüchtlinge erreicht seien, davon könne beileibe keine Rede sein. Wenn das Grundrecht auf Asyl Sinn haben solle, dann dürfe nicht versucht werden, Flüchtlinge, deren Fluchtgrund Verfolgung aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen sein könnte, vom Staatsgebiet der Bundesrepublik fernzuhalten. Eine nüchterne Sprache wird angemahnt: Begriffe wie „Flut“, „Strom“, „Überschwemmung“ erschweren rationale Lösungen. Realitätsgerechte Flüchtlingszahlen werden eingeklagt. Eine drastische Verkürzung der Anerkennungsverfahren müsse erreicht werden, das Arbeitsverbot für Asylbewerber (von heute geltenden *fünf* Jahren) auf maximal *ein* Jahr beschränkt werden, eine Unterbringung in Sammelunterkünften dürfe nur für maximal sechs Monate vorgeschrieben werden. Langjähriges Arbeitsverbot und zwangsweise Unterbringung in Sammelagern seien *Verstöße gegen die Menschenwürde* der betroffenen Flüchtlinge. Die Frage einer möglichen Änderung des Grundgesetzes wird – wie könnte es anders sein? – gar nicht erst diskutiert.

Auch wenn solche Forderungen selbst in der heißen Phase der Asyldebatte

des vergangenen Jahres bei den Unionsparteien nicht völlig fehlten, die Szene bestimmten die Positionen, gegen die sich nun die fünf MdBs mit Unterstützung der *Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft* (CDA) vehement aussprechen. Selbst wenn absehbar ist, daß diese Positionen in den Unionsparteien, und zwar nicht nur wegen der CSU, gegenwärtig nicht konsensfähig sind, wird die CDU/CSU, aber auch die FDP mit ihren nicht gerade einheitlichen Positionen einer erneuten Asylantendebatte nicht ganz aus dem Wege gehen können.

Klar ist aber auch, daß das Thema es überall besonders schwer hat. Mit ihm lassen sich keine Wählerstimmen fangen. So bleibt zu hoffen, daß die Initiative der fünf Abgeordneten nicht nur etwas taugt, wenn es gilt, auf das C in der Union hinzuweisen, sondern auch, wenn praktische Politik gemacht wird.

Wechsel

Das Ungewöhnliche und Gewöhnliche an der Hessenwahl

Am Tag nach der Hessenwahl überboten sich die professionellen Kommentatoren gegenseitig mit dramatischen Formulierungen. Von „Umbruch“ war die Rede, von „Sensation“, von „Machtwechsel“, von „einer historischen Zäsur nach 41jähriger SPD-Vorherrschaft“. Das klang so, als ob eine mittlere Groß-Macht ihr Regime geändert hätte. Der Überschwang in der Kommentierung mochte nach der Wechselbad-Wahlnacht, dem drohenden Patt und den falschen Prognosen – die richtigen, die es auch gab, blieben unerwähnt – verständlich sein.

Psychologisch erklärt sich dieser Überschwang wohl nicht zuletzt aus der Überraschung; man hatte einen Regierungswechsel nach dieser Wahl – offenbar galt das sogar für die Gewinner der Wahl – einfach nicht für möglich gehalten, obwohl die Ge-

samtkonstellation eigentlich für einen Wechsel sprach: Die Erfahrungen mit der rot-grünen Koalition waren nicht so positiv; ihre Fortsetzung nach herbeigeführtem Bruch nicht so plausibel, daß ihr spontan Wählermassen in die Arme laufen konnten; der CDU-Spitzenbewerber – siehe Frankfurt – war besser eingeführt als der der SPD usw.

Aber einen Einschnitt, ob er nun von den Erwartungen her plausibel war oder nicht, bedeutete die Wahl allemal. Zum erstenmal in der Nachkriegszeit wurde in Hessen der Weg zu einer von der CDU geführten Regierung frei, zum erstenmal kam es nach einer Bundestagswahl zu einem Regierungswechsel in einem Bundesland zugunsten der in Bonn Regierenden, und die SPD sank in Hessen, das gemeinhin als SPD-Hochburg gilt, zum erstenmal bis an die 40-Prozent-Grenze. Die Auswirkungen sind beträchtlich und waren unmittelbar nach der Wahl absehbar. Das rot-grüne Modell hat sich auf Bundes- wie auf Länderebene für absehbare Zeit erledigt. Die SPD ist nun endgültig gezwungen, ihre Identitätsprobleme auszuschwitzen und nicht durch Koalitions-Strategie zu über-tünchen. Und die Grünen scheinen trotz der Zunahme von 3,5 Prozent gerade mit Hessen an eine Wende ihres Erfolgs gekommen zu sein. Die internen Auseinandersetzungen bei den Grünen werden zumal auf Bundesebene nicht lange auf sich warten lassen.

Über all diesen Umschwüngen ist allerdings ein wenig vergessen worden, daß gerade die Hessenwahl mehr Gewöhnliches als Außergewöhnliches bot. Die SPD verlor zwar hoch, die CDU hat aber nur dürftig gewonnen, dürftig deshalb, weil frühere Gewinne viel höher waren und Hessen – von der Wählerschaft her – bereits seit den frühen siebziger Jahren kein klassisches SPD-Land mehr ist. Mag sein, daß der Erfolg für die CDU bei den weiteren Landtagswahlen zum Selbstläufer wird. Aber sicher ist das nicht. Das ebenfalls überraschende Ergebnis vom 25. Januar sollte die CDU scheiden machen.

Unter Druck

Der Kirchentag, Südafrika und die Deutsche Bank

Ganz wohl war dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages bei seiner am 14. März getroffenen Entscheidung, die Geschäftsbeziehungen des Kirchentages zur Deutschen Bank abzubrechen, weil diese sich nicht dazu bereit erklärt hatte, politische Forderungen in Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika einzubringen, offenbar nicht: In der Begründung des Beschlusses wird festgehalten, daß es unter den Mitgliedern des Präsidiums über einen solchen Schritt keine einheitliche Meinung gebe; eine starke Minderheit halte den gefaßten Beschluß aus gewichtigen Gründen für falsch.

Tatsächlich bedeutet die Entscheidung des Kirchentagspräsidiums, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank einzustellen, eine *Kehrtwendung*. In einem am 1. November vergangenen Jahres gefaßten Beschluß hatte es noch geheißt: „Das Präsidium konnte mehrheitlich nicht zu der Überzeugung kommen, daß ein völliger Abbruch von Geschäftsbeziehungen ein vom Bekenntnis gebotener, dem Kirchentag gemäßer oder im Blick auf die Aufgaben des Kirchentages verantwortbarer Beitrag zur Überwindung der Apartheid wäre.“ In einem ausführlichen Brief hatte das Präsidium damals versucht, seine Haltung gegenüber den Gruppen zu rechtfertigen, die unter Berufung auf entsprechende Beschlüsse und Richtlinien des ÖRK den Bruch mit in Südafrika engagierten Banken als notwendige Konsequenz aus der Verurteilung der Apartheid betrachten.

Genau diese Gruppen haben sich jetzt durchgesetzt. Ein beträchtlicher Teil der zur Mitwirkung am bevorstehenden Frankfurter Kirchentag eingeladenen Gruppen hatte die Teilnahme von einer grundsätzlichen Entscheidung des Präsidiums zum Abbruch